

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amstliches Organ d. Stadt Hochheim



Ersteinst: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illust. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Hörsheim am Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Massenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Colonelzeile 30 Pfg. Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postfachkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 135.

Donnerstag, den 25. November 1926

3. Jahrgang

Neues vom Tage.

Die veranlaßt, bereitet das Reichsarbeitsministerium die Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge über den 27. November hinaus vor. Der Verwaltungsrat des Reichsarbeitsamtes für Arbeitsvermittlung hat der Verlängerung bereits zugestimmt.

Nach den vom Präsidenten Loh getroffenen Geschäftsdispositionen wird der Gesandtschaft gegen Schmutz und Schand in der Literatur am Freitag auf die Tagesordnung der Reichstagsungestellt werden.

Dem bekannten Militärschriftsteller Oberst a. D. Schwertfeger ist seitens des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein Lehrauftrag zur Haltung von Vorlesungen über die Vorgeschichte, den Verlauf und Ausgang des Weltkrieges an der Technischen Hochschule in Hannover erteilt worden.

Die italienische Regierung wird eine Sammlung diplomatischer Dokumente zur Außenpolitik Italiens von 1871 bis zum Weltkrieg herausgeben. Der erste Band soll anfangs nächsten Jahres erscheinen.

Der südafrikanische Finanzminister und der Leiter des südafrikanischen Goldbankens wollten, von London kommend, in Berlin, um, wie verlautet, mit deutschen Stellen verschiedene Punkte zu besprechen, über die bei den Verhandlungen über den deutsch-südafrikanischen Handelsvertrag noch keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Eisenbahnunfälle.

Ein Vortrag über Rettungsmaßnahmen bei Eisenbahnunfällen, der gelegentlich einer Eisenbahnbesichtigungsreise im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz vom Reichsbahnrat Lehr gehalten wurde, brachte genaue Einzelheiten über die von der Reichsbahn bei Eisenbahnunfällen vorgesehenen Maßnahmen, wie in weiteren Kreisen noch nicht bekannt sind, aber lebhaftes Interesse erwecken dürften. Im Reichsbahndirektionsbezirk Mainz a. B. sind vier Hilfszüge stationiert und zwar in Darmstadt, Mainz, Worms und Sinsheim. Dazu kommen noch vier Hilfszüge, die in Alzenau, Büdingen, Oberlahnstein und Wiesbaden aufgestellt sind. Die Züge sind ständig fahrbereit und zu verteilt, daß sie in aller kürzesten Zeit auch die entferntesten Stationen erreichen können. Bei einem Unfall müssen die Hilfszüge 15 Minuten nach Eintreffen des Unfalltelegramms abfahren. Ein solcher Hilfszug besteht aus dem Arzt-, dem Mannschafts-, dem Geräte- und dem Rüstholzswagen. Neben dem Operationsraum des Arztwagens ist noch ein Raum mit acht Betten vorhanden. Im Gerätewagen befinden sich die Geräte und Werkzeuge zur Befreiung Verletzter und zum Aufgleiten von Fahrzeugen. Durch tragbare Fernsprecher, die an das Telegraphengehäuse an jedem beliebigen Orte angeschlossen werden können, wird auch von der freien Strecke schnelle Fernsprecher Verbindung mit größeren Betriebsstellen erreicht. Außer 1-2 Ärzten bilden ein Aufseherbeamter und 10-20 ausgebildete Schlosser und Sanitäter die Besatzung eines solchen Zuges. Höhere Beamte leiten an der Unfallstelle die Rettungs- und Aufräumarbeiten und sorgen für Aufrechterhaltung des übrigen Betriebes.

Dat sich z. B. ein Eisenbahnunfall ereignet, so wird sofort die Strecke gesperrt; nachfolgende Züge werden durch den Zugführer oder seinen Stellvertreter durch Knallkapseln und mitgelieferte Signale zum Halten gebracht. Am nächsten Streckenfernsprecher, der in kürzeren Abständen längs der Strecke aufgestellt sind, verlangt der Zugführer die erste Hilfe. Auf der anverkauften Station sind alle Anordnungen, die bei einem Unfall zu treffen sind, vorbereitet. Der Fahrdienstleiter sperrt die Strecke und fordert den Hilfszug mit dem Besatzmann „Hilfszug betriebsbereit“ an. Bahnärzte, Sanitätskolonnen, Feuerwehre, Rettungswagen und Autoböhrer werden sofort vom dem Unfall in Kenntnis gesetzt. Bei größeren Unfällen wird auch noch ein zweiter Hilfszug oder Hilfsgerätewagen herangezogen. Wie es mit der Betriebssicherheit auf der Deutschen Reichsbahn bestellt ist, geht daraus hervor, daß auf 70 Millionen Reisenden nur ein Todesfall kommt.

Die Presse und Stresemann.

Zur außenpolitischen Aussprache im Reichstag. In den im Reichstag von den verschiedenen Seiten gemachten außenpolitischen Ausführungen nimmt nur ein Teil der Berliner Blätter kritische Stellung, während die übrigen sich auf Stimmungsbilder beschränken, in denen sie die ruhige Sachlichkeit der Debatte betonen.

Zu den Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Loh sagt die „Tägl. Rundschau“, sie ließen den Eindruck zu, daß den Deutschnationalen der Augenblick nicht geeignet erscheint, um außenpolitisch eine Attode zu reiten. Mehr würde man allerdings aus der Rede des Abg. Dr. Loh nicht schließen können, denn die deutschnationalen Politik sei in den letzten Wochen nicht gerade sehr gradlinig und eindeutig gewesen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt zum Ausdruck, daß sie die Hoffnung Dr. Stresemanns auf Verwirklichung der eigentlichen Thoiry-Politik nicht teilen könne, und begründet dies damit, daß die Gesamtlinie der französischen Politik schon nach Locarno nicht die Linie Briand's gewesen sei, auf dessen subjektive Ehrlichkeit Dr. Stresemann sich berufe. Solange die gegenwärtige Konstellation in Frankreich andauere, sei auch nicht entfernt damit zu rechnen, daß Frankreich das Recht und die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands und seine eigenen rechtlichen und moralischen Verpflichtungen loyal anerkenne. Das Blatt sieht daher mit schweren Bedenken der Reise des Reichsministers des Auswärtigen nach Genf entgegen.

Die „D. Allg. Ztg.“ bemerkt, daß Hoeft sachlich von der Linie der Regierung nicht weiter als um Straßenbreite entfernt sei. Gemeinliche Ziele, verschiedene Methoden. Der günstige Eindruck dieses ersten Debatteabends, so schließt das Blatt, verstärkt sich, als bekannt wurde, daß entgegen manchen zu unecht gedauerten Zweifeln die Führung der deutschnationalen Fraktion die positiven und als Baustein für die Zukunft überaus wertvollen Ausführungen von Professor Hoeft gutheißt und aufnimmt.

Der „Vorwärts“ sagt über die Aufhebung der Militärkontrollen: Eine fremde Militärkontrolle ist überflüssig, weil das deutsche Volk selber das stärkste eigene Interesse hat, endlich Ruhe zu bekommen.

Die Pariser Presse steht natürlich wieder auf einem anderen Standpunkt. So schreibt das „D. N. B.“, da die finanziellen Gegenleistungen, die Stresemann in Thoiry ins Auge gefaßt habe, nicht sofort zu verwirklichen seien, weshalb erkläre sich Stresemann da nicht bereit, die Sorge Frankreichs um seine Sicherheit in Rechnung zu stellen und für die Zukunft eine Völkerverbundskontrolle anzunehmen und warum wolle er nicht in eine stabile Überwachungsorganisation an gewissen Punkten der entmilitarisierten Rheinlandzone einwilligen? Zweifelsohne dürfte die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht lediglich einen Tauschhandel bilden. Aber dieser Tauschhandel könne die glückliche Einseitigkeit bilden, denn die Hauptsache sei in der letzten Stunde, das Vertrauen herzustellen. Gewisse Handlungen der deutschen Außenpolitik könnten es aber in dem Augenblick, in dem es entfesse, zerstören.

Der „Figaro“ erklärt, es genüge, die Rede Stresemanns zu lesen, um sich davon Rechenschaft abzulegen, daß die Reichsregierung keine Zugeständnisse bezüglich der wesentlichen Punkte ihrer Politik gegenüber Frankreich zu machen beabsichtige.

Das „Echo de Paris“ schreibt, unglücklicherweise arbeite die Logik von Locarno und Thoiry für die Rede Stresemanns. Seit zwei Jahren spiele Frankreich bei allen seinen Abkommen mit Deutschland und den mit ihm geplanten Abkommen von vornherein die Hypothese der Gewalt und des schlechten Vertrauens aus. Wie könne Frankreich, ohne sein Wort nicht einzubringen, heutzutage Gewalt und Überwachungsmaßnahmen aufrechterhalten, die ohne eine derartige Hypothese keinen Sinn hätten? Der englische und der italienische Schiedsrichter, den man in Locarno eingesetzt habe, könne in diesem Punkte Frankreich nur unrecht geben.

Mussolini und Deutschland.

Ein freundschaftliches Verhältnis.

Der italienische Ministerpräsident Mussolini empfing den Vertreter eines deutschen Nachrichtenbüros und erklärte ihm auf Befragen über die deutsch-italienischen Beziehungen u. a. folgendes:

Die politischen Beziehungen zu Deutschland sind, wie ich schon kürzlich Gelegenheit hatte zu betonen, durchaus freundschaftlich. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nehmen einen immer größeren und erfreulichen Aufschwung. Daß Wirtschaft und Politik in enger gegenseitiger Wechselwirkung stehen müssen, ist selbstverständlich. Wenn man offen und loyal miteinander verhandelt, wie ich mit Ihrem hochgeschätzten Vorkämpfer, Baron von Neurath, oder wie ich mit England verhandelt, so kann man sich fast immer verständigen. Den beiderseitigen guten Willen betonen die laufenden Verhandlungen über einen Schiedsgerichtsvertrag, und mein persönliches Engagement kann man daraus erkennen, daß in den letzten Tagen auch der Abbruch eines Abbruchsabkommens für den deutschen Besitz in Süditalien perfekt geworden ist und ich die Freigabe einer Anzahl deutscher Gefangenen verfügt habe.

Auch bei Einzelfragen — so erklärte Mussolini weiter — wie z. B. der Frage der Handhabung der Militärkontrollen, könne man zu einer Verständigung kommen, vielleicht im Anschluß an die englische Auffassung. Mit England habe ich eine ganze Reihe offener, sehr wichtiger Fragen zu unserer beiderseitigen Zufriedenheit erledigt. Manche Verhandlungen lassen sich erweitern und auf neue Gebiete erstrecken. So interessiert uns in Italien die epochemachende Erfindung des hervorragenden deutschen Gelehrten Bergius über die Verflüssigung der Kohle in ganz außerordentlichem Maße, da wir reiche Braunkohlenlager haben, die viel intensiver ausgenutzt werden können. Die Völker sollten sich überhaupt in engerer Arbeit kennen und gegenseitig schätzen lernen und sich nicht gegenseitig durch die Brille der Vorurteile betrachten.

Die Abrüstungsfrage.

Entweder abrüsten oder freie Hand für Deutschland.

Der belgische Völkerverbundsdelegierte Brouquere, der bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen die führende Rolle spielt, veröffentlicht in „Deuxième“ einen Artikel unter der Überschrift: „Soll abgerüstet werden?“ Es kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Sätzen:

Die Tatsachen unterstützen zu sehr die Abrüstung, als daß diese nicht über den schlechten Willen triumphieren sollte. Die Hauptsache ist, daß die Frage einmal gestellt wurde. In Versailles hat sich Deutschland verpflichtet, abzurüsten und die Vorbereitungen einer allgemeinen Abrüstungsbefehlshaltung aller Nationen zu ermöglichen. Entweder müssen wir uns an das Deutschland im Vertrag gegebene Versprechen der allgemeinen Abrüstung halten oder erklären, daß wir es nicht halten werden und demgemäß gestatten, daß auch Deutschland sich nicht mehr in vollem Maße an sein Versprechen hält. Wir müssen aber entwaffnen oder wir steuern in unmittelbarer Zukunft einem Kriege zu.

Ich zweifle daran, schreibt Brouquere zum Schluß, ob sich Regierungen finden, die vor ihren Wählern die schwere Verantwortung auf sich nehmen werden, das Abrüstungsgebot, wenn es einmal konkrete Formen angenommen hat, zu verletzen.

Bayern und das Reich.

Politische Aussprache im Bayerischen Landtag.

Im Bayerischen Landtag sprach als erster Redner in der großen politischen Aussprache Dr. Schlippenbauer (Bayer. Vp.), der in längerer Ausführungen erklärte, durch die andauernde zentralistische Politik von Berlin und durch die daraus entstehenden fortwährenden inneren Kämpfe wird eine bewußte Zerstörung der deutschen Einheit herbeigeführt. Wenn alle Ströme reifen sollten, wird Bayern nicht umhin können, sich evtl. auf eigene Beine zu stellen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Dill, behandelte im besonderen die Aufgabe Deutschlands im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas. Er erklärte, Deutschland kann eine führende Stellung im zukünftigen europäischen Staatengebilde einnehmen, wenn es als geschlossener Staat aktiv einzutreten in der Lage ist und darum lautet die Forderung der Sozialdemokratie: Das Reich über alles! Das Problem der Neugliederung des Reiches wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil der heutige Zustand unhaltbar ist.

Politische Tagesschau.

— Zur Verlängerung der Polizeistunde in Preußen. Der preussische Minister des Innern erteilt auf eine kleine Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter bezüglich Verlängerung der Polizeistunde folgende Antwort: Nach der Auffassung der Staatsregierung hat sich die allgemeine Wirtschaftslage inzwischen so konsolidiert, daß die Bedenken, die von meinem Amtsvorgänger unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse gegen eine Verlängerung der Polizeistunde geltend gemacht wurden, heute nicht mehr in diesem Umfang bestehen. Eine Verschärfung des sozialen Kontraktes ist von der zugelassenen Verlängerung der Polizeistunde nicht zu erwarten.

— Die Parteien zur DAZ-Angelegenheit. Die demokratische Reichstagsfraktion teilt mit: In der Nachricht, die demokratische Partei habe in der Angelegenheit der „DAZ“ bereits der Reichsregierung ihre Unterstützung zugesagt, ist zu sagen, daß Verhandlungen gar nicht stattgefunden haben. Die Regierung hat lediglich die Parteiführer über den Stand der Dinge unterrichtet. Was der Zentrumsvizepräsident von Gumbert für seine Partei erklärt hat, daß sie sich keineswegs in dieser Frage bisher irgendwie gebunden habe, gilt auch für die demokratische Partei.

— Die christlichen Gewerkschaften für den Achtstundentag. Im Christlichen Gewerkschaftshaus in Bochum fand eine stark besuchte Versammlung der Vertreter aller christlichen Gewerkschaften des Bezirkes Bochum statt, die sich zu einer Kundgebung für den Achtstundentag gestaltete. Eine Entschließung fordert von den Parteien die Annahme des verlangten Arbeitszeitgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages, für den technisch die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien.

— Der Dank des Reichspräsidenten an Dresden. Das von dem Reichspräsidenten an den sächsischen Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben, in dem Hindenburg seinen Dank für den Empfang in Dresden ausdrückt, hat folgenden Wortlaut: Bei meiner Anwesenheit in Dresden bin ich sowohl von der sächsischen Regierung und den staatlichen und städtischen Behörden als auch von der Bevölkerung auf das herzlichste empfangen und begrüßt worden. Es ist mir lebhaftes Bedürfnis, Ihnen allen, die mir Freundschaften erwiesen haben, hierfür meinen aufrichtigsten Dank zu übermitteln. Der Polizeibehörde und der Schutzpolizei, die ihre nicht leichte Aufgabe in musterhafter Weise durchgeführt haben, breche ich meine besondere Anerkennung und meinen Dank aus.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. November.

Zum weiteren Verlauf der Besprechungen nahm Reichswehrminister Dr. Gieseler Stellung zu den gegen das Reichswehrministerium erhobenen Presseanklagen in der Frage der politisierenden Wehrverbände. Dr. Gieseler brachte seine ablehnende Stellung zu einer Verbindung der Reichswehr mit diesen Verbänden zum Ausdruck und ging dann auf die Veröffentlichung von Bruchstücken der ihm zugesandten Denkschrift des Jungdeutschen Ordens ein. Es handelte sich nur um Streitigkeiten zwischen früheren aktiven Offizieren und ihren Verbänden darüber, wer die richtige Vaterlandsliebe habe. Ein Teil dieser Organisationen suchte sich immer noch als einen Teil der Reichswehr zu bezeichnen. Er, der Minister, habe an die in Frage kommenden Anstellungen entsprechende Warnungen gerichtet. Auch habe er den preussischen Innenminister von dem Inhalt der Denkschrift verständigen lassen. Er könne aber nicht fortwährend ins Blaue hinein Ermittlungen anstellen. Für das, was ich deministrierte, stehe ich auch ein. Wenn mir ein bestimmter Tatbestand angegeben worden ist und er sich als richtig erwiesen hat, was nicht immer der Fall ist, so habe ich energisch eingegriffen. Der Minister bat, die Reichswehr doch nicht bei jeder Gelegenheit in den Streit der Meinungen hineinzuziehen und sie als politischen Kampfsplatz zu betrachten. Ein sehr großer Teil dieser übertriebenen Hege komme auf das Konto der äußersten Linken. Die Reichswehr habe sich außerhalb dieses Streites und werde nur ihre Pflicht tun in Treue zum Staat und Verfassung; der deutschen Republik.

Den eingegangenen ist eine kommunistische Interpellation wegen der Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. In zweiter und dritter Lesung billigt dann der Reichstag ohne Aussprache die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und französischer Industrien, den deutsch-polnischen Vertrag zur Regelung der Grenzverhältnisse und das Abkommen über den gegenseitigen Eisenverkehr zwischen Deutschland einerseits, Polen und der freien Stadt Danzig andererseits. Die auswärtige Ansprache wird darauf fortgesetzt. Verbunden damit werden der völkische Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge, der Antrag aller bürgerlichen Parteien auf

Prüfung der Kriegsschuldfrage

und die deutsch-nationale Interpellation wegen der Flaggenschiffung der deutschen Botschaft in Washington, ferner das völkische und kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann. In der fortgesetzten Aussprache nimmt zunächst Abg. Dr. Preuß (Wiesb.) das Wort. Er betont die Notwendigkeit, bei der Außenpolitik Parteifragen nach Möglichkeit auszuschalten. Nach der Rede des Herrn Dr. Höpff könnte man die Deutschnationalen ruhig in die Regierungskoalition aufnehmen. Die Wirtschaftliche Vereinigung habe sich nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund loyal hinter die Regierung gestellt, weil man einer vollkommenen Tatsache gegenüberstand. Dieser habe die Deutsche Volkspartei im jählichen Wahlkampf den übelsten Kampf gegen die Wirtschaftliche Vereinigung geführt. (Minister Dr. Stresemann, der inzwischen seinen Platz eingenommen hat, ruft erregt: „Dafür kann ich doch nichts.“ Auch aus den Reihen der D. Vp. ertönen lebhafteste Proteste.) Auffallend sei, daß sich alle Entwaffnungsnoten gegen die vaterländischen Verbände richten, nicht aber gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung müsse sich mehr für die rheinische Bevölkerung einsetzen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) hält das Verhalten des deutschen Botschafters in Washington bei der Flaggenschiffung für gerechtfertigt. Die Deutschnationalen wollen anfangen, nach der Rede des Abg. Höpff zu urteilen, mit aller Macht in die Regierung hineinzukommen. Die amerikanische Bevölkerung ist nicht so militaristisch wie die Deutschnationalen glauben. Für sie bedeutet der Tag der Flaggenschiffung nicht eine Siegesfeier, sondern eine Erinnerung an den Abbruch des Weltkrieges. Wenn die Deutschnationalen in die Regierung aufgenommen werden, dann würden zwei Pferde vorn, zwei Pferde hinten an den Wagen gespannt sein. Die Deutschnationalen haben Völkerbund und Verständigungspolitik immer bekämpft. Wenn sie jetzt anders reden, so nur deshalb, weil der Landbund ihren schleunigen Eintritt in die Regierung verlangt. Die Deutschnationalen haben den heftigsten Kampf gegen die Erfüllungspolitik geführt. Aber die Regierungspolitik, die sie jetzt mitmachen wollen und die sich auf den Danks-Pakt stützt, ist Erfüllungspolitik von reinem Wasser. Die Franzosen sind aber erheblich früher vernünftig geworden als die Deutschnationalen. Wir glauben nicht, daß der Rhein Frankreich in

Deutschlands Interesse läge, ebensowenig wie der Rhein Rußlands, der tatsächlich schon da ist. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Wenn in Rußland alles losgerisse wäre, dann würde man doch auch aus Sozialdemokraten einmal hineinlassen. Die allgemeine Abrüstung ist nicht nur Deutschland, sondern allen Völkern versprochen worden. Wird sie nicht durchgeführt, so müßte das zu einer Krise im Völkerbund führen. Angesichts der neuen Erklärung des Reichswehrministers gegen die Mißbräuche in der Reichswehr müssen wir fragen: Warum konnte das überhaupt solange gehen? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kann mit den völkischen Verbänden nicht verglichen werden, denn es hat es immer abgelehnt, einen neuen Krieg vorzubereiten. Der Antrag auf Wiederaufstellung der Kriegsschuldfrage ist nur ein Randver zur Täuschung des Publikums. Seine Annahme könnte nur neue Hemmungen bringen für die schleunige Befreiung des Rheinlandes, die wir dringend fordern. Wir lehnen darum diesen Antrag ab.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) bezeichnet die Flaggenschiffung des deutschen Botschafters in Washington am Waffenstillstandstage als eine Schädigung des deutschen Ansehens. Der Antrag auf Wiederaufstellung der Kriegsschuldfrage verkenne die Situation. Die Aufstellung der Schuldfrage sei nicht zu erreichen, solange die Dawes-Gesetzgebung und Locarno-Verträge bestehen und Deutschland dem Völkerbund angehört. Die Fortsetzung der Kriegsschuldfrage sei von höchster politischer Bedeutung für Deutschland.

Handelsteil.

Berlin, 24. November.

— **Devisenmarkt.** Im Devisenverkehr lag der französische Franken mit 140½ bis 141 schwächer. Mailand neigte mit 116 leicht zur Schwäche.

— **Effektenmarkt.** Die Tendenz zeigte teilweise ein freundlicheres Gesicht. Im ganzen blieb der Effektenmarkt jedoch von allgemeiner Unsicherheit und Zurückhaltung beherrscht.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen (märk.) 27.40—27.70, Roggen (märk.) 22.80—23.10, Sommergerste 21.80—24.80, Wintergerste 19.20—20.60, Hafer (märk.) 17.50—18.60, Mais 19.50—19.90, Weizenmehl 35.75—38.75, Roggenmehl 32.75 bis 34.50, Weizenkleie 12.25, Roggenkleie 12—12.25.

Frankfurt a. M., 24. November.

— **Devisenmarkt.** Im Devisenverkehr verzeichneten Frankfurt und Mailand eine neue Abschwächung. Das englische Pfund notierte unverändert.

— **Effektenmarkt.** Obgleich sich in den Ursachen für die Geschäftslage an der Börse nichts geändert hat, war die Tendenz heute doch etwas freundlicher.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 kg.: Weizen 29.75, Roggen 24.25, Sommergerste 24—26.5, Hafer inländ. 19.75 bis 20, Mais gelb 19, Weizenmehl 41.5—41.75, Roggenmehl 35 bis 35.75, Weizenkleie 11.5, Roggenkleie 12. Tendenz: ruhig.

Aus aller Welt.

□ **Großfeuer.** Nachts ist das Lagergebäude der Vollinger Holzwarenfabrik G. m. b. H. in Uslar mit sehr großen Vorräten ein Raub der Flammen geworden. Ob es gelungen wird, das Nachbargebäude und die übrigen Fabrikgebäude, die nur mit Dachpappe gedeckt sind, zu retten, steht noch dahin. Der Schaden ist sehr groß.

□ **Generaldirektor Guido Hadebeil zum Ehrensenator ernannt.** Dem bekannten Berleger, Generaldirektor Guido Hadebeil, ist vom Rektor und Senat der Technischen Hochschule Darmstadt in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung des Instituts für wissenschaftliche und angewandte Photographie der Technischen Hochschule Darmstadt die Würde eines Ehrensenators verliehen worden.

□ **Die gefährlichen Haarnadeln.** Die 76jährige Ehefrau Anna Scheuen kam in ihrer Wohnung in Hamburg zu Fall, wobei die Haarnadeln in die Schädeldecke drangen. Die Verunglückte ist an den Verletzungen gestorben.

□ **Schweres Autounfall.** Unweit des Dachsberges in Schlesien plachte ein Personenauto ein Reifen und der Wagen überschlug sich. Der Insasse des Wagens war sofort tot. Der Chauffeur wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

□ **Massenverkränkungen bei der Reichswehr.** Ähnlich wird mitgeteilt: Wahrscheinlich infolge des Genusses von nicht einwandfreier Wurst sind beim Ausbildungsbataillon des Infanterie-Regiments Nr. 1 in Königsberg etwa 60 Mann

an letztem Magen- und Darmkatarrh erkrankt. Die Erkrankten befinden sich bereits sämtlich auf dem Wege der Besserung.

□ **Schiebungen eines deutschen Konsulatsangehörigen.** Die die Posener Polizei mitteilt, ist festgestellt worden, daß ein Angehöriger des deutschen Generalkonsulats bei seinen Reisen aus Deutschland als Diplomatengepäck große Koffer mit Seide, Futterstoffen und anderen Gegenständen eingeschmuggelt hat. Sein Abnehmer ist ein Großkaufmann in Posen gewesen, der bereits verhaftet wurde. Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich nicht um einen Beamten, sondern um einen auf Privatdienstvertrag beschäftigten Angestellten, dem bereits vor Aufhebung der Angelegenheit vom deutschen Generalkonsulat gekündigt worden ist.

□ **Kinder beim Spielen in Sprengkapseln verunglückt.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Rathhof in Königsberg. Drei Kinder im Alter von 8 bis 13 Jahren schlugen auf Sprengkapseln, die sie in einem Abfallkasten auf der Straße gefunden hatten. Durch die Explosion wurden die Kinder schwer verletzt. Dem einen der verunglückten Knaben wurden von der einen Hand sämtliche und von der anderen Hand ein Finger abgerissen.

□ **Geständnis eines Seeträubers.** In Hammerfen hat ein auf dem Sterbepfand liegender Mann eingestanden, daß er mit mehreren Komplizen die Mannschaft eines norwegischen Kutters auf offener See überfallen, erschlagen und ausgeraubt hat. Das Schiff wurde dann versenkt. Der Kutter, dessen Mannschaft aus drei Brüdern bestand, ist seit dem Frühjahr dieses Jahres verschollen.

Letzte Nachrichten.

Reichstagsauschuss für die besetzten Gebiete.

Berlin, 24. November. Der Reichstagsauschuss für die besetzten Gebiete besprach am Dienstag zunächst die Frage der Auflösung der Zweigstelle Düsseldorf des Reichsschadigungsamtes, dessen Präsident die Erklärung abgab, daß die Reichsregierung nach eingehender Prüfung der Verhältnisse an der Auflösung dieser Zweigstelle zum 30. November festhalten müsse. Den berechtigten Wünschen der Bevölkerung der westlichen Landesteile soll durch andere Maßnahmen Rechnung getragen werden. In der Aussprache erklärte auf Befragen Staatssekretär Schmidt, daß die Besatzungshärte nach dem Stande vom 15. September 80 000 Mann betrage gegenüber 88 000 im März dieses Jahres. Es sind noch 4907 Bürgerwohnungen und 2674 Einzelzimmer nach dem Stande vom 15. September beschlagnahmt, was eine nur geringe Abnahme während der letzten Monate bedeutet. Bezüglich einer Revision des Ordnungssystems sollen mit der Rheinlandkommission demnächst Verhandlungen stattfinden. Die verschiedenen Ausschreitungen und Übergriffe von Angehörigen der Besatzung gegenüber der Zivilbevölkerung habe die Reichsregierung nachdrücklich bestrafen lassen.

Neue deutsche Verhandlungen mit Briand.

Berlin, 24. November. Der deutsche Botschafter Herr v. Höpff hatte heute vormittag eine neue Unterredung mit dem französischen Außenminister Herrn Briand. Die Unterredung betraf eine ganze Reihe schwebender Probleme, insbesondere kamen in ihrem Verlauf die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage zur Sprache.

Hilfe für die Beamtenchaft.

Berlin, 24. November. Der Deutsche Beamtenbund hatte sich vor kurzem in einer Denkschrift über die bedächtige Lage der Beamten an die Reichsregierung und den Reichstag gewandt mit dem Wunsche, daß die Regierung den Beamten helfe. Der Reichsfinanzminister hat daraufhin die Vertreter der Beamtenorganisationen für Freitag nachmittag zu sich geladen, um den Delegierten über die Möglichkeit einer finanziellen Beihilfe Erklärungen abzugeben.

Briand und die Anschlussfrage.

Paris, 24. November. „Journal“ weiß zu berichten, daß der Minister des Auswärtigen, Briand, gestern nach der Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, über die Frage des Anschlusses Belgiens an Deutschland befragt, erklärt habe, die Vereinigten Staaten von Europa seien die beste Bürgschaft gegen den Anschluss.

Krafft gestorben.

London, 24. November. Heute vormittag ist der sowjetrussische Botschafter in London, Krafft, gestorben. Gestalt

Edith Bürkners Liebe.

Roman von Fr. Gehne.

30. Fortsetzung.

„Und ihren Brautbesuch mit ihm mag sie nur um mich zu gucken, zu demütigen. Und du freust dich über den Besuch! Doch lassen wir das jetzt — bitte, nicht mehr davon sprechen; für mich ist das längst begraben.“

Eine Minute herrschte Schweigen. Edith barg ihren Kopf in den Schoß der Mutter, und diese streichelte leise das blonde Haar ihres Kindes.

„Armes Kind!“ flüsterte sie bewegt. „Und davon hab' ich nichts gehört! Wenn wir doch nur ein bißchen Glück hätten!“

Dann erzählte sie mit leiser Stimme von den Ereignissen des Nachmittags.

„Ich wollte für Thantmar ein gutes Wort einlegen, damit der arme Junge es nicht so schwer hat; aber der Onkel hat es mir rundweg abgeschlagen und uns obendrein noch beleidigt — keinen guten Vater u. mich! Der gönnt uns nur nicht, daß Thantmar so gut gelernt hat und studieren möchte, weil seine Söhne nichts taugen und es zu nichts gebracht haben! Deshalb frage ich schon gar nicht nach ihnen!“

Sie schwieg erschöpft, von der Erinnerung überwältigt.

„Mutterchen, hättest du uns nur ein Wort von deinem Vorhaben gesagt, so wäre dir das erspart geblieben. Auf keinen Fall hättest du zu Sildebrandts gehen dürfen. Siehst du, du hast uns immer nicht glauben wollen!“

Edith streichelte dabei die Hände der Mutter, die wie gebrochen in ihrem Stuhle saß.

„Wir erzählen Vater und Thantmar vorläufig nichts davon. Und zu Sildebrandts gehen wir nicht mehr, wir brauchen sie nicht.“

„Voll, im Mai oder Juni von jetzt an,“ sagte Frau Bürkner mit leiser Stimme.

Ein Schatten lag über das schöne Gesicht Ediths, dann aber lächelte sie gleich wieder.

„Sei ohne Sorge, Mutterchen! Mögen die beiden miteinander glücklich werden, neidlos will ich es ihnen gönnen! Nun ich aber weiß, welche Aufregungen der heutige Tag für dich gehabt hat, besche ich darauf, daß du sofort zu Bette gehst. Nein, nein, keine Widerrede!“

Liebedeul war das junge Mädchen um die Mutter bemüht, bis diese im Bette lag. Sie glättete die Decke noch einmal und wollte sich eben entfernen, als Frau Bürkner mit schwacher Stimme sagte:

„Edith, gib mir nur meine Tropfen, ich weiß nicht, mir ist so seltsam, — ich bin doch ein bißchen aufgeregter.“

„Mutter!“ rief das junge Mädchen, von banger Ahnung erfaßt, „Mutter, soll ich nicht lieber Arzt holen?“

Abwehrend hob diese die Hand.

„Nein, laß nur, es wird schon vorübergehen! Wollen nur Vater und Thantmar erst zu Hause! Ich will jetzt versuchen, ein wenig zu schlafen.“

Ermattet schlief sie die Augen.

Als Edith glaubte, sie sei eingeschlafen, weil sie so ruhig dalag, eilte sie in die zweite Etage, in der eine Blume Ladewig wohnte. Mit dieser unterhielt Frau Bürkner eine Art Hausfreundschaft, und Edith war ihr oftmals gefällig durch kleine Besorgungen.

Frau Ladewig, würde ihr Geora vielleicht mal rüber zu Franzes gehen und meinen Vater holen?“ bat sie. „Mutter ist gar nicht wohl; ich habe so große Angst um sie!“

Aber natürlich, Fräulein Edith, gern! Hoffentlich ist es nicht schlimm! Sie wissen ja, der Zustand Ihrer Mutter ist immer so wechselnd! Ich komme gleich mal mit Mutter, wenn es Ihnen recht ist!“

Edith erwartete den Vater schon an der Vorhalle für und teilte ihm ihre Besorgnisse mit.

„Wenn nur Thantmar erst zu Hause wäre —“

„Ich will ihn holen, ohne daß Mutter es merkt; die jungen Leute und im „Schwarzen Adler“.“

„Raum eine Stunde später kam Herr Bürkner mit Thantmar zurück.“

„Mutter schläft,“ teilte Edith ihnen flüsternd mit, „vielleicht habe ich euch unnötig geängstigt; aber ich war so ängstlich geworden und Mutter hatte doch auch nach euch gefragt.“

„Es ist gut, daß wir da sind,“ sagte Thantmar, „ich hatte sowieso genug.“

Edith hatte es sich lange überlegt, ob sie ihrem Vater und Thantmar von dem Besuche der Mutter bei Sildebrandts etwas sagen sollte, war aber zu dem Entschluß gekommen, daß dies für alle Fälle besser sei. Deshalb erzählte sie es und meinte, daß wahrscheinlich die dort geübte große Aufregung der Mutter geschuldet sei.

„Kommst du denn das nicht verhindern, Edith?“ fragte Thantmar, der wie ein gereizter Löwe im Zimmer herumging. „Du weißt doch, wie ich darüber denke.“

„Ich habe doch von ihrer Absicht nicht das geringste gemerkt, Thantmar. Ich war nicht zu Hause, als Mutter fortging, und gesagt hat sie mir nichts; sonst hätte ich sie schon zurückgehalten, dessen kannst du sicher sein! Die Sorge um dich drückt sie fast zu Boden. Wo nur das Geld zu deinem Studium herkommt?“

„Für das erste Semester wäre gesorgt; das habe ich selbst.“

„Wenn Mutter nur sonst noch eine Sicherheit bei neuem hätte! Ich überlegte schon, ob ich es jetzt herbst laae, die doch soviel Interesse für dich zeigten.“

Fortsetzung folgt.

trän-
ung.
en. Wie
dass ein
Reisen
t Seide,
el hat
fen, der
Stelle
en, son-
ngstell-
entfichen

hat ein
er mit
en Ant-
gerant
e, dessen
Frühjahr

für die
rage der
digung
Reichs-
an der
eshalten
der west-
rechnung
Beträgen
zu dem
genüber
Bürger-
de vom
abnahme
Revision
mission
en Aus-
scheidung
ung zu

r Herr
mit dem
redung
esondere
berhand-

to hatte
die Logi-
stog ge-
beant-
vertreter
sich ge-
finan-

er das
Sitzung
n, über
befragt,
einen die

sowei-
strahlte

vorlast-

meert;

er mit

er ad

ch am

ankun-

ihrem
ter bei
em Ge-
sel-
heißel-
gefiel-

Editor-
im Al-
darüber

8. 10.
nicht
nnt du
zu die
berne-

hat
it bei
trat
elart

folgt.

haten seit mehreren Jahren krank und wollte wiederholt
in längere Zeit in Italien. In letzter Zeit ist er durch seine
ausgenommenen Bemühungen, eine Besserung in den
deutsch-russischen Beziehungen herbeizuführen, hervorgetreten.
Man erinnert sich seines September-Besuches bei Chamber-
lain. Krasin war auch der Vertreter der Sowjetunion bei
den Verhandlungen über das englisch-russische Handels-
abkommen von 1924.

Kandidaten für den schwedischen Nobel-Friedenspreis.

Uppsala, 24. November. Da seit drei Jahren kein Nobel-
Friedenspreis vom norwegischen Storting mehr verteilt wor-
den ist, bringt man von schwedischer Seite neuerdings aus-
drücklich auf die Verteilung. Es werden viele Kandidaten
vorgebracht: Erzbischof Söderblom, Bürgermeister Lindhage,
Kronprinz, Brand, Chamberlain. Die interparlamentarische
Gruppe des schwedischen Reichstags hat eine Teilung des
Preisgeldes vorgeschlagen zwischen dem deutschen Professor
Ludde und der interparlamentarischen Union.

Gespräche auf 20 000 Kilometer.

Marconis neueste Erfindung.

In Rom hielt Marconi in Gegenwart des Königs, der
Königin und der Spitzen der zivilen und Militärbehörden
einen Vortrag über seine neueste Erfindung, die Ausnutzung
kurzer Wellen in Bündelform für den Fernverkehr.

Marconi führte aus, daß seine Erfindung auf zehnjährige
Studien zurückgehe, die er 1916 in Genua begonnen und seit-
dem in Livorno und hauptsächlich in seinem schwimmenden
Laboratorium der Nacht „Electra“, gemacht habe.

Die Versuche seien schon so weit fortgeschritten, daß er
in London aus habe mit Australien deutlich sprechen können.
Das sei das erste Mal gewesen, daß die menschliche Stimme
eine Entfernung von 20 000 Km. klar gehört worden sei.

Alle Versuche hätten die absolute Überlegenheit einer
Fernmittlung nach dem neuen System gegenüber dem bis-
her angewandten ergeben.

Die Weitergabe

Nicht sich in einem viel schnelleren Tempo als dies bisher
möglich gewesen sei. Die langen Wellen hätten eine Frequenz
von 30 000 in der Sekunde, die kurzen dagegen eine Frequenz
zwischen 3 bis 30 Millionen schwankt. Die Übermittlung
erfolgt nicht dem Einfluß des Sonnenlichts und Atmo-
sphärenstörungen. Sogar Gewitter in der Nähe der
Stationen oder der Empfangstation haben kaum einen Ein-
fluß. Die Kosten der Stationen stellen sich viel geringer, als
nach dem alten System, das 400 bis 1000 Kilowatt Energie
verbraucht gegenüber dem neuen, das mit 20 Kilowatt aus-
kommt.

Der größte Vorteil

Die neue Erfindung sei aber der, daß die Übermittlung auf
gewollte Richtung durch spezielle Reflektoren bei Abgabe
des Empfangs konzentriert werden könne, wogegen bei dem
alten System eine aufgegebenen Richtung sich über die ganze
Halbkugel verbreitet hat und durch jede Antenne aufgefange-
n werden konnte.

Marconi teilte weiter mit, daß England bereits nach den
neuen Versuchen im Jahre 1924 zwischen London und
Australien

Die Bedeutung der neuen Erfindung

Man wird sich rechtzeitig verteilend die Verbindung auf
dem neuen System nach allen seinen Domänen ge-
stellt hat. Die Verbindung zwischen London einerseits und
Australien, Südamerika und Indien andererseits werde in weini-
gen Tagen hergestellt sein. Marconi meinte, die neue Erfin-
dung werde

eine vollständige Revolution

in dem Gebiete des Fernverkehrs hervorrufen, desto-
desto, da sie sowohl auf dem Gebiete der Radiotelephonie als
auch auf dem der Radioprojektionen angewandt werden könne.

Der Frauenmord in Frankfurt a. M.

Der Fall Hufnagel vor dem Schwurgericht.

Wegen des zweifachen Frauenmordes in der Dahlmann-
straße in Frankfurt a. M. begann vor dem Schwurgericht die
Verhandlung gegen den 29 Jahre alten Monteur Willy
Hufnagel aus Offenbach am Main. Unter den geladenen
Zeugen saß Frau Anna Hufnagel, die sich durch die Ladung
zur Verhandlung in den Zustand befindet. Die Frau, die
die Tat des Angeklagten ihre Tochter und Schwieger-
mutter verloren hat und die einzige Tatzeugin ist, weilt gegen-
über der Verhandlung in der Stadt, da sie nach Mitteilung ihres Sohnes die
Tat in der Dahlmannstraße verstanden hat, um nicht unter
den Eindruck der schrecklichen Vorkommnisse zu bleiben.

Kurz vor dem Aufbruch der Zeugen kam es zu einer dra-
matischen Szene, da der junge Hufnagel seiner Erbitterung
über die Tat des Angeklagten in heftigen Worten gegen den
Anwalt Ausdruck gab. Die Verhandlung wurde auf un-
bestimmte Zeit vertagt.

Aus Nah und Fern.

Flörsheim am Main, den 23. November 1926.

Man schreibt uns:
Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft, Darmstadt
Gruppe Flörsheim. Unter vollstehendem großem Saal
hiesigen „Sängerheims“ fand am letzten Sonntag
eine große Versammlung statt. Nach Begrüßung durch
Obmann war eigens zu diesem Vortrag der Volks-
herr Barnim Wilhelm aus Cassel gewonnen.
Obmann schilderte als Einleitung die Entwicklung
hiesigen Ortsgruppe. Die im Dezember 1925 ge-
gründete Ortsgruppe, welche bis in die 1. Hälfte eine
Mitgliederzahl von 22-30 notierte, zählt heute einen Mit-
gliederstand von 116. Durch die Kartenzettel (Wartezettel)
die Vergebung der Darlehen erst im Juli ds. Jrs.
Flörsheim ein und sind binnen 3 Monaten 4 Darlehen
betrags von 46 000 M. RM. nach Flörsheim gefallen.
Nicht große Zuweisung aus Staatsmitteln für Woh-
nungen werden die hiesigen Baukassen nicht nach-
kommen. Herr Volkswirt Wilhelm legte in einem
ausführlichen Vortrag die Ideen und Ziele der Deutschen
Bau- und Siedlungsgemeinschaft dar. Zur Verständlich-
machung des Unternehmens galt der 1. Teil der Ausführ-

ungen der allgemeinen Wirtschaft im Gegensatz zur früh-
eren Zeit. Die Gegensätze zwischen Hochfinanz, Großbanken,
Mittelstand und Arbeiter führte die Versammlung auf
die eigentliche Idee und Ziele der Deutschen Bau- und
Siedlungsgemeinschaft. Die Gründe für die bestehende
Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Wohnungssuchende, Herab-
setzung der Löhne und allmähliche Aufwärtsentwicklung
des täglichen Bedarfs waren verständnisvoll für jeden
Hörer und fanden Beifall und konnten in der lebhaften
Diskussion nicht widerlegt werden. Die Ausführungen
bezgl. der Währung und der versteckten Inflation (Gold-
inflation) wo bei gleichbleibendem Dollar-Kurs die Be-
darfsgegenstände und Nahrungsmittel in die Höhe gehen
sah volles Verständnis und bei den Hörern Überraschung.
Nicht Gold stützt die deutsche Währung, sondern
die geleistete Arbeit eines jeden Deutschen und besonders
des Arbeiters, kann nur unsere Währung halten. Das
Problem der Erwerbslosen im Gegensatz zu dem Groß-
unternehmer zeigte deutlich, daß das Arbeitsheer durch
die noch nicht vergessene Inflation herbeigeführten Reser-
ve aus dem verarmten Mittelstand die heutigen Maß-
nahmen von Regierungsseite sobald nicht verändert. In-
folge der allgemeinen Not ist es dem Großunternehmer
heute ein leichtes den schon zum Leben nicht mehr aus-
reichende Lohn noch weiter herabzusetzen. Die Nachfrage
nach Arbeit einerseits und die Nachfrage nach Arbeiter
andererseits sind der ausschlaggebende Faktor für die
Lebensbedingung des Arbeiters. Die Auslegungen zwi-
schen Hochfinanz und Großbanken, auf der einen Seite,
der kleine Gewerbetreibende und Mittelstand brachte die
Versammlung den Zielen der Deutschen Bau- und Siede-
lungsgemeinschaft näher. Aus diesen Ausführungen sei
nur erwähnt, daß die Not der Wirtschaft die Hochfinanz
und den Zinswucher nährt, denn gutegehende Wirtschaft
und gegenseitige Hilfe benötigt geringe Kredite, bringt
der Hochfinanz ein schlechtes Geschäft und bietet dem Zins-
wucherer Einhalt. Die ständige Fortentwicklung der Deut-
schen Bau- und Siedlungsgemeinschaft G. m. b. H. in
allen Teilen des deutschen Reiches, ob Bayern oder Ost-
preußen bringt sie im Volke der Erkenntnis Bahn, daß
gegenseitige Hilfe, wie die Deutsche Bau- und Siedlung-
sgemeinschaft bietet, nur allein dem deutschen Volke und
der zivilisierten Welt dienbar ist. Die Deutsche Bau-
und Siedlungsgemeinschaft, welche im vergangenen Jahre
erst 2000 Mitglieder, kann heute 19 000 Mitglieder zählen.
Die Ausführungen betr. der genossenschaftlichen Sicherheit
der Deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft, die Ver-
wendung der Einlagen in dauernde wertbeständige Bau-
objekte, der Uneigennützigkeit der Leitung der Genossen-
schaft ließ kein Zweifel mehr entstehen, daß es an einer
guten fundamentierten Grundlage nicht fehlt. Die Gegen-
sätze zwischen den einzelnen Länder-Regierungen, so die
Leite aus dem hiesigen Landtag (aus den Tageszeitungen
wohl bekannt) erklärte der Referent die Gründe des Ver-
haltens. Hieraus sei kurz entnommen: Die Landes-
Regierungen haben kein Interesse an den vielen Baugemein-
schaften, da bei Anerkennung der gemeinnützigen Frage die
Mitglieder von der Grunderwerbssteuer freigestellt sind.
Wenn die Landes-Regierungen die Durchführung der Ziele
wirklich bezweifeln, so wäre es Pflicht der Regierungen
und der Volks-Vertreter den Eigenwohnungsbau mit allen
Mitteln zu unterstützen. Sondersteuer und Hauszinssteuer
müssen zum größten Teil als bisher Verwendung finden
und solche Institute, welche auf Gegenseitigkeit beruhen
ganz besonders bedacht werden. Der 2. Teil der Ver-
sammlung brachte eine einundneunzigstündige, lebhaft
Diskussion, die aber in keiner Weise die Grundlage, Fort-
schrittsentwicklung und Leistungen der Deutschen Bau- und Siede-
lungsgemeinschaft G. m. b. H. widerlegten, vielmehr
herabwürdigend konnte. Die freie Aussprache gestal-
tete sich nun noch zu Gunsten der fragl. Siedlung. Ein eigens
zur Diskussion bestellter Referent einer bekannten Woh-
nungsbaufürsorge war nicht imstande eine Richtfertigung
der Ziele und Leistungen zu konstatieren. Gegenfragen
an letzteren konnten nicht einwandfrei widerlegt und
versuchte der Diskussionsredner sich durch verschiedene Ein-
wendungen zu rechtfertigen. Aus all diesem hat sich die
Erkenntnis durchgerungen, daß alle deutsche Bürger, welche
kein Eigenheim oder Wohnung haben, sich der Deutschen
Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H. als
Mitglied anschließen, welche nur allein das Motto ver-
dient: „Durch Arbeit aus Not, zu Wohnung und Brot.“

In Wiesbaden-Biebrich wurde in der Nacht vom 18.
zum 19. November in das Zigarrengeschäft von Reinhard
Schwalbach, Rathausstraße 42, eingebrochen und dabei eine
bedeutende Menge Zigaretten, Zigaretten und Pfeifen ge-
stohlen. Wer irgendwelche Anhaltspunkte zur Ermittlung
der Täter geben kann, wird ersucht dieses zu Taged. Nr.
5902/26 der Polizeiverwaltung in Biebrich melden.

Staatslied Wiesbaden. Die Stammtarntenhäuser
des großen Hauses werden darauf aufmerksam gemacht,
daß die Einziehung der 2. Rate des Stammtarntensbetrages
am Montag, den 22. ds. Mts. begonnen hat und in fol-
gender Reihenfolge stattfinden: Mittwoch, 24. November
Buchstabe H-K, Donnerstag, den 25. November Buchstabe
Q-N, Freitag, 26. November Buchstabe O-S, Samstag,
27. November Buchstabe R-S, Sonntag, 28. November
Buchstabe T-U, Montag 29. November Buchstabe W-Z.
Ort der Einzahlung: Kasse des „Kleinen Hauses“,
Eisenstraße 42, in der Zeit von 8.30 bis 1 Uhr vormit-
tags und 3 bis 5.30 Uhr nachmittags. (Sonntag, den 28.
November nur von 9 bis 1 Uhr vormittags.) Die Stammtarnt-
arten-Inhaber werden gebeten, im Interesse einer be-
schleunigten Abfertigung, die vorstehend angegebene Reihen-
folge einzuhalten und möglichst die Frühstunden zur Ein-
zahlung zu benutzen. Die Stammtarnt sind vorzulegen.
Die Einziehung der 2. Rate für das „Kleine Haus“ be-
ginnt Anfang Januar.

A Wiesbaden. Die letzte Sitzung des Kreis-
tages Wiesbaden. Der Kreisrat des Landkreises Wies-
baden tritt in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zum
letzten Male am 29. November zusammen. U. a. werden in
dieser Sitzung Beschlüsse gefaßt werden wegen Übernahme der
Bürgerpflicht für einen durch Vermittlung der Nassauischen Heim-
stätten des Kreises für Wohnbauzwecke überweisen Reichs-
gutsbesitzes von 190 000 M. und wegen Zahlung eines Zu-
schusses für den Neubau einer Brücke Flörsheim-Mülfeldheim.

Wiesbaden. (60 Jahre Regierungsbegrüßung.) Die Ereignisse des Jahres 1866 hatten die
Einverleibung des Kurfürstentums Hessen und des Herzogtums
Nassau, der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. als Provinz
Hessen-Nassau in den preussischen Staat zur Folge. Vor zehn
Jahren verbot der Weltkrieg die Abhaltung einer solchen
Erinnerungsfeier. Jetzt sollen nun in den einzelnen Kreisen am
22. Februar 1927, dem Tage, da vor 60 Jahren durch eine
Verordnung des damals preussischen Königs die neu erwor-
benen Landesteile organisiert, d. h. in Kreise aufgeteilt wurden,
Feierlichkeiten abgehalten werden.

Mainz. (Französische Polizeigerichts-
urteile.) Der im besetzten Gebiet verbotene „Kladderadatsch“
wurde in Höchst a. M. von dem Zeitungsverleger Hermann
Weidkamp feilgeboten und verkauft. Das Militär-Polizeigericht
nahm Weidkamp, weil er erst kurz seinen Geschäftsbetrieb führt,
eine Geldstrafe von 30 M. Buchhändler Gilmann, in
dessen Auftrag er die Zeitschrift verkaufte, bekam 70 M.
Geldstrafe. — Postmeister Franz Senfert aus Stromberg und
der Waldbauer Johann Holtermüller aus Bad Kreuznach,
die einen Offizier der Besatzung nicht geprüft hatten, wurden
vom Militär-Polizeigericht in Geldstrafen von 100 M. bezw.
20 M. genommen.

Darmstadt. (Kommunale Landesbank Darm-
stadt.) Das hiesige Gesamtministerium veröffentlicht die
Genehmigungsurkunde, wonach der kommunale Landesbank,
hier, die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen
auf den Inhaber nebst Zinscheinen bis zum Betrage von zwei
Millionen Mark erteilt ist. Die Schuldverschreibungen sind
mit 7 Prozent in halbjährigen Raten zu verzinsen und vom
1. Januar 1932 ab vierteljährlich kündbar.

Mörfelden. (Einstellung der Erwerbslosen-
fürsorge.) Die Gemeinde sah sich in Anbetracht ihrer
schlechten finanziellen Verhältnisse gezwungen, die Auszahlung
der Erwerbslosenfürsorge einzustellen, zumal der vorgesehene
Betrug von 15 000 Mark weit überschritten wurde.

Groß-Ruheim. (Der Kartoffelkrebs in Groß-
Ruheim.) In unserer Gemeinde ist der für den Kartoffelbau
so außerordentlich gefährliche Kartoffelkrebs festgestellt worden.

Rauheim. (Abgelehnte Autobuslinie.) Die
Gesuche des Kreises Groß-Rauheim und der Gemeinde Rauheim,
die Autobuslinie Mainz-Kostheim-Trebur-Rauheim nach
Groß-Rauheim weiterzulegen, hat die Eisenbahndirektion Mainz
erneut abgelehnt mit der Begründung, daß die Weiterlegung
eine Konkurrenz für die Bahnlinie Darmstadt-Groß-Rauheim
Mainz sei.

Frankfurt a. M. (Städtebauliche Maßnahmen)
Der Magistrat hat einer Polizeiverordnung über das Bauen
in der Außenstadt zugestimmt, die sich auf die Bebauung be-
stimmter Gebiete mit Flachbauten, ferner auf die Wahrung
landschaftlicher Aussicht im Ranggelande sowie auf die Zahl
der Stockwerke in Ausnahmefällen bei städtebaulichem Erfor-
dernis bezieht.

Frankfurt a. M. (Erhöhte Schlachthofgebüh-
ren in Frankfurt a. M.) Der Magistrat hat einer Er-
höhung der Schlachthofbenutzungsgebühren für Schweine um
20 Pfg. pro Tier zugestimmt, weil verschiedene Neueinrich-
tungen diesen Ausgleich fordern. Tugend welche Rückwirkungen
auf den Fleischpreis wird die geringfügige Gebührensteigerung
um 20 Pfg. pro Schwein nicht haben.

Hahnlein. (Wieder ein ungetreuer Bürger-
meister?) Ein Gemeinderatsmitglied unserer Gemeinde
haben die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister Seib ein-
gestellt. Der Grund dieser Maßnahme soll in Unregelmäßig-
keiten in der Geschäftsführung zu finden sein. Die Revision
ist eingeleitet und wird bald Aufklärung bringen.

Diebloß. (Wieder ein Überfall von Auto-
insassen.) Auf der Straße zwischen Büdingen und hier
versuchten Automobilisten sich eines mit dem Fahrrad des
Weges kommenden jungen Mädchens aus Meerholz zu bemäch-
tigen. Es konnte den Belästigern mit knapper Not nur da-
durch entkommen, daß es mit seinem Rade über die anliegenden
Felder flüchtete. An der gleichen Stelle hat sich vor kurzem ein
ähnlicher, bis jetzt noch nicht geklärt Vorfall zugetragen.

Holzeismar. (Mit dem Stuhl ein Verbrechen.)
In Göttsbüren hat die Ehefrau des Dienstmanns Wimmel
ihren Mann, der in schwerem Zustand nach Hause kam
und in seinem Kampf die Wohnungsgemeinschaft kurz und klein
schlug, in der Notwehr so fest mit einem Stuhlbein auf den
Kopf geschlagen, daß er tot zusammenbrach.

Gustavsburg. (In den Main gestürzt.) Da beim
Passieren des Schienenseges während der Nacht wiederum
ein Mann auslitt, in den Main stürzte und ertrank, wurde
die Überwachung des Main bei der Schiene verboten.

Notales.

Hochheim am Main, den 25. November 1926.

Die Feier des 25-jährigen Priesterjubiläums des hochw. Herrn Pfarrers Heinrich Gerborn.

(Schluß)

Die kirchliche Feier.

Der allgemeinen Festfeier am Samstag abend
folgte am Sonntag die kirchliche Feier. Vor dem Hochamte
um 10 Uhr wurde der Jubilar in einer Prozession von
weißgekleideten Mädchen, dem Kirchenchor und den
Jahresdeputationen der Vereine im Pfarrhause abgeholt
und zu der Kirche geleitet. Dieselbe prangte im schönsten
Festputz, besonders war der Hochaltar wie selten schön
geschmückt.

Das feierliche Leitenamt zelebrierte der Jubilar.
Als Diakon fungierte Herr Pfarrer Hartmann von Hellen-
bach auf dem Westerwalde, der dahier der Pfarrers erster
Kaplan gewesen und als Subdiakon Herr Kaplan Wolf
von Flörsheim a. M. Der Gottesdienst wurde verherr-
licht durch die Aufführung einer mehrstimmigen lateinischen
Messe des hiesigen Kirchenchores unter Leitung seines
Dirigenten, Herrn Lehrers Schnitz, Mainz.

Die Festpredigt hatte Herr Pfarrer Hornwald aus
unserer hiesigen Nachbargemeinde Kostheim übernommen.
In einer formvollendeten Weise legte er die Würden und
Bürden des priesterlichen Standes dar und führte näher
das Verhältnis des Priesters zu Gott, zu unserer Kirche
und zu den weltlichen Ständen aus. Zum Schluß ent-
bot er dem Jubilar herzlichen Segenswunsch und wünschte
ihm noch eine lange und glückliche Wirksamkeit in unserer

von der Natur so bevorzugten Raststadt, in der noch, trotz der Einflüsse von außen, ein guter religiöser Kern in der Einwohnerschaft vorhanden sei. Zum Schluß wurde von der ganzen Gemeinde das „Große Gott, wir loben Dich“ aus dankerfülltem Herzen gesungen. Noch sei bemerkt, daß sich auch mehrere Geistliche von auswärts als Festgäste eingefunden hatten.

Nun ist das Fest vorüber, wie alles unter der Sonne vergeht. Es dürfte von erhebendem Einflusse auf unsere katholische Gemeinde gewesen sein, dürfte die Liebe der Gläubigen zu ihrer Kirche wieder aufs neue entzündet und das ideale Band zwischen dem Hirten und seiner Herde noch enger geknüpft haben. Deshalb zog sich durch die Glückwünsche wie ein goldener Faden der Wunsch, es möge nicht das letzte Jubiläum gewesen sein das der Pfarrer in unserer Gemeinde feierte, sondern es möge sich nach weiteren 25 glücklichen Priesterjahren zum „Silberfeste“ der „Goldene Kranz“ reihen. In dieser Beziehung hat der Jubilar an seinen beiden in Gott ruhenden Vorgängern das schönste Vorbild. Geistlicher Rat Elasmann war es beiseiden, am 24. April 1879 sein 50-jähriges (goldenes) und am 25. März 1889 sogar sein 60-jähriges (diamantenes) Priesterjubiläum dahier feiern zu können. Dergleichen feierte Pfarrer Stefan Knapp am 12. August 1907 auch sein 50-jähriges Jubiläum, welche Erinnerung an diese erhabenen Gedenktage noch bei einem großen Teile der hiesigen Einwohnerschaft klar im Gedächtnis steht und in diesen Tagen neu auflebte. So mögen auch die frohen Erinnerungen vom 21. November 1926 bis zu jenem fernen Zeitpunkt 1951 vorhalten. Freilich wird dann mancher Teilnehmer vom Silberfeste nicht mehr im „rosigen Lichte“ atmen. Deshalb zum Schluß der Wunsch: Ad multos annos! „Auf viele Jahre!“ — r.

Vor dem zuständigen Ausschuss des Schneider-Handwerks hat Fräulein Frieda Siller, gelernt bei Fräulein Barbara Treber, dahier die Prüfung bestanden, im Praktischen und Theoretischen mit der Note „Gut.“

Bogelschuss im Winter.

Der Bogelschuss läßt bei uns an vielen Stellen noch sehr zu wünschen übrig. Besonders in der harten Jahreszeit, wenn Schnee und Eis den kleinen Bewohnern der Wälder und der Äuen erhebliche Nahrungsorgen bereiten, ist es unsere

Pflicht, der darbedenden und frierenden Vögel zu gedenken. In der günstigeren Jahreszeit bringen sie den Menschen viel Nutzen und erweisen sich somit dankbar für die Hilfe, die sie in der Zeit der Not erfahren haben.

Freut sich nicht alt und jung, wenn zur Winterzeit das ewig lustige Volk der Meisen sich am Futterplatz vor dem Fenster einstellt, die Körner aufnimmt, das Fett aus den Aufhängen pikt und aus den aufgehängten Netzen die Grieben, wenn der Kleiber frech an die Scheiben klopft, auch für sich einen Anteil begehrend, oder die Amsel sich herrlich unter die kleineren Vogeltänzer mischt und sich das Vorrecht des Stärkeren anmaßt?

Es ist leider eine bedauerliche Tatsache, daß unser Vogelbestand in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Zurückschreiten ist dieser Umstand teils auf reichlich ausgeübte Vogeljagd, teils fehlt es aber den Tieren an Nistgelegenheiten. Die Anbringung von Nistkästen ist daher sehr zu empfehlen. Der bevorstehende Winter droht wieder viele der kleinen nützlichen Gefellen zu vernichten. Daher gilt besonders die Mahnung: Gedenket der darbedenden Vögel!

Wettervorhersage für Freitag, den 26. November. Trübe, vereinzelte Niederschläge, etwas wärmer.

Die Wohnungsbauteilnehmer der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat namhaften Anteil an der Förderung der Wohnungsbautätigkeit im Reich in der Nachkriegszeit. Heute zählt die Reichsbahn rund 113 000 bahneigene Wohnungen und 45 000 Genossenschaftswohnungen, die sie für ihre Bediensteten mit Darlehensverträgen gesichert hat. Der Wohnungsbestand verteilt sich auf alle Orte des Reiches, an denen Reichsbahnbedienstete tätig sind. Vielfach sind große Eisenbahnsiedlungen, mitunter eigene Gemeinwesen mit Schulen und Kirchen entstanden. Im kommenden Jahr sind über 20 Millionen für Schaffung neuer Wohnungen von der Reichsbahn vorgesehen worden.

Neue deutsche Wohlfahrtsbriefmarken. Zugunsten der Deutschen Nothilfe werden vom 1. Dezember an durch alle Postämter und die Organe der Deutschen Nothilfe im ganzen Reich Wohlfahrtsbriefmarken zu 5, 10, 25 und 50 Pfg. zum doppelten Nennwert verkauft werden. Der Verkauf durch die Post dauert bis 15. Februar, der Vertrieb durch die Nothilfe bis 30. April 1927. Die Marken können mit ihrem ein-

fachen Nennwerte zum Freimachen von Postsendungen nach dem Inland und dem Ausland benutzt werden. Ihre Gültigkeit hört mit dem 30. Juni 1927 auf. Die Marken sind im Muster der vorjährigen Marken in mehreren Farben gedruckt und tragen außer dem Reichsadler die Wappen der Länder Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen. Die Restbestände der Wohlfahrtsbriefmarken der Ausgaben 1924 und 1925 sind vernichtet worden.

Ein bibelfundiger Wähler.

Bei den badischen Gemeindevahlen verzeichnete in Planstadt ein Wähler auf seinem Stimmzettel folgende Bemerkung: Jesaja 41, Vers 24. Beim Nachschlagen in der Bibel findet man dort folgende Worte verzeichnet: „Sich! Ihr seid uns nichts, und Euer Tun ist uns auch nichts, und Euch zu wählen ist ein Greuel.“

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Am 1. Dezember ds. Jrs. findet eine Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke (Bienen völker). Die Ergebnisse der Zählung dienen lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken. Es liegt im dringenden Interesse der Reichs- und Staatsverwaltung, durch die Viehzählung einen Aufschluß über den wirklichen Stand und den Entwicklungsgrad der Viehwirtschaft im Vergleich zu den Vorjahren zu erlangen.

Die Haushaltungsvorstände müssen, wenn irgend möglich am Tage der Zählung selbst anwesend sein, andernfalls muß eine mit den Verhältnissen betraute Person zur Verfügung stehen.

Wer vorsätzlich eine Anzeige zu der auf Grund der vorgenannten Bekanntmachungen angefordert wird, nicht erstattet, oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen“ erklärt werden. Hochheim am Main, den 22. November 1926. Der Bürgermeister: Arzbächer

Danksagung

Zu meinem silbernen Priesterjubiläum sind mir so viele Beweise herzlichster Anteilnahme gegeben worden von den Bewohnern unsrer Stadt, daß ich unmöglich allen einzeln danken kann. Ich bitte daher alle, Vereine wie Einzelpersonen, Katholiken wie Nichtkatholiken, auf diesem Wege die Versicherung meines

herzlichsten Dankes

entgegen nehmen zu wollen.

Hochheim a. M., den 23. November 1926.

Pfarrer Herborn.

Gasthaus zum Taunus Hochheim

Samstag, den 27. November 1926 abends



Schlacht-Fest

Es ladet höflichst ein der Besitzer:
Philipp Schreiber.

Man bittet kleinere Anzeigen bei Aufgabe sofort zu bezahlen.

Offene Stellen Stellenwechsel

Stellenvermittlung

für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie u. Schule (auch für männl. Berufe).

Die Anzeigenannahme für das bekannte Familienblatt

Daheim

das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt befindet sich in der Geschäftsstelle unseres Blattes.

Da Publikum hat nur nötig die Stellen-Anzeigen (Angebote, und Gesuche) Pensions-Angebote und Gesuche usw., bel uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Vervielfältigung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einseitige Druckzettel (7 Silben) für Stellen-Angebote 80 Pfg., Stellen-Gesuche 60 Pfg., übrige kleine Anzeigen 1.—.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle:

Verlag H. Dreisbach, Höchstheim.

Verdingung.

Das Brechen, Anfahren und Zerkleinern von Steinen, das Gewinnen und Anfahren von Bindestoff, sowie das Abfahren von Kleinschlag und Splitt von den Bahnhöfen: Hochheim, Auringen-Wedentach, Erbenheim, Zghadt, Flörsheim und Sattersheim für die Unterhaltung der Landwege in dem Wegemeisterbezirk Wallau soll vergeben werden.

Die vorgeschriebenen Angebotsordnungen sind zum Preise von je 0,30 Rm. für Vordruck mit Briefumschlag von dem Landeswegemeister Teitz zu Erbenheim am 29. und 30. ds. Mts. nachmittags von 2—5 Uhr zu erhalten.

Die ausgefüllten Angebote müssen bis zum 6. Dezember 1926 einschließlich postfrei und verschlossen dem Landesbauamt Wiesbaden, Luisenstraße 24 vorliegen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Wiesbaden, im November 1926.

Der Vorstand des Landesbauamts.

Landesbauamt, Wiesbaden, den 22. November 1926, B. Nr. 4747/26. Luisenstraße 24.

Radfahrer-Verein von 1899

Einladung

für die morgen Freitag abend 8.30 Uhr bei Philipp Schreiber stattfindende

Vollversammlung

Wegen der äußerst wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Der Vorstand.

Donnerstag eintreffend:

Kabliau ohne Kopf
1a Fettbückinge

in bekannt guter Qualität
zum billigsten Tagespreise.

J. Latscha

Weihnachts-Album

enthaltend 32 der beliebtesten

Advents-, Weihnachts-, Sylvester- u. Neujahrslieder für 1 oder 2 Singstimmen mit leichter Klavierbegleitung, 2 Weihnachtsstücke für Klavier zu 2 Händen, 1 Fantasie für Klavier zu 4 Händen, 1 Fantasie für 1 oder 2 Violinen und Klavier. Holzfrees Papier. Stimmungsvolles Weihnachts-Titelbild.

Nr. 1—36 zusammen in einem Band:

Preis Mk. 2.—

Singstimme allein 50 Pfg.

Zu bezieh. durch jede Buch- u. Musikalienhandlung.

Verlag von P. J. Tonger, Köln a. Rh.

Rheinische Landestafelender für 1927

Stück 50 Pfg.

zu haben im Verlag des

Neuen Hochheimer Stadtanzeigers

Winter-Fahrplan.

In der Richtung nach Wiesbaden.

Vormittags	12,27	5,42	6,16	7,22	9,27	11,53
Nachmittags	1,31	2,15	2,47	3,33	5,39	6,10
	6,38	7,25	8,42	10,08	11,41	

In der Richtung nach Frankfurt.

Vormittags	4,28	5,33	7,28	8,43	6,25	7,15
	10,46					
Nachmittags	12,20	1,34	2,28	3,58	5,04	5,40
	6,31	8,34	9,42	11,23		

Zeichenerklärung: W. Werts, t. Samstag, u. a. bis Höchstheim W. außer Samstag, S. Sonntags, x über Griesheim.

Einladung.

Die Kameradinnen und Kameraden der

Jahresklasse 1871

nebst Angehörige, werden hiermit auf Samstag, den 27. Nov. 1926 abends 8 Uhr, zu einer gemütlichen Unterhaltung im Sälchen bei Gastwirt Philipp Schreiber zum Taunus höflichst eingeladen.
H. B. Wegelsuppe.
Der Vorstand.